

Demografiepolitik als Gesellschaftspolitik der fairen Chancen

Kristina Schröder

1 Vorbemerkungen

Die Zukunft ist trotz aller Versuche nüchterner Prognose immer auch eine Projektionsfläche für Wünsche und Ängste. Unzählige Science-Fiction-Filme zeichnen Bilder von der Zukunft, in denen Vorstellungen vom technisch Machbaren als Katalysator für paradiesische oder Furcht einflößende Szenarien dienen. Was haben die „Star Trek“-Serien für Fantasien ausgelöst, in denen wir mit Warp-Antrieb zu fremden Planeten geflogen sind! Wie erschreckend sind hingegen die Filme der „Matrix“-Trilogie, die Menschen als Energielieferanten für Maschinen zeigten! Um Zukunftsängste geht es auch in den beiden Szenarien vom Jahr 2030, die das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit den „Doku-Fictions“ über einen „Aufstand der Alten“ und später einen „Aufstand der Jungen“ zeichnete. Die düsteren Gesellschaftsbilder belebten die Diskussionen über die Folgen des demografischen Wandels. Jenseits der Frage, wie genau sich die Renten entwickeln und wie die medizinische Versorgung organisiert sein wird, trat in den beiden Filmen über fiktive gesellschaftliche Unruhen die übergeordnete Herausforderung für die Politik in den Vordergrund: Wie können wir es schaffen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer sich grundlegend verändernden Gesellschaft zu wahren?

2 Die drei Megatrends der Bevölkerungsentwicklung

Dabei sind drei Trends in der Bevölkerungsentwicklung auszumachen: Unsere Gesellschaft wird schrumpfen, sie wird älter und sie wird vielfältiger. Die Ausprägungen dieser drei Trends können wir schon heute im Ansatz beobachten. Im nicht mehr allzu fernen Jahr 2020 werden die konkreten Wirkungen schon sehr viel deutlicher sein. So wird 2020 die Marke von 80 Millionen deutschen Bürgern unterschritten sein. Weil weniger Menschen auch weniger Nachwuchs an qualifizierten Arbeitskräften bedeutet, bestimmt die Sorge, dass ein Fachkräftemangel den Wohlstand unseres Landes gefährdet, in vielen Fällen die Diskussionen über den demografischen Wandel. Dazu trägt die anhaltend niedrige Geburtenrate bei. Schon seit Mitte der 1970er bewegt sie sich auf einem Niveau, bei dem jede nachfolgende Generation um ein Drittel kleiner ist als die Generation davor. Doch neben der Zuwanderung sorgte vor allem die gestiegene Lebenserwartung der Menschen dafür, dass die Bevölkerungszahl insgesamt erst seit 2003 sinkt.

Damit ist die Alterung nach der Schrumpfung der zweite große Trend. Die gestiegene Lebenserwartung bei gleichzeitig gesunkener Geburtenrate hat das Altersgefüge tief greifend verschoben. Im Jahr 2020 wird die Wahrscheinlichkeit, einem unter 5-jährigen Kind auf der Straße zu begegnen, in etwa genauso hoch sein wie die Wahrscheinlichkeit, einen über 85-jährigen Menschen zu treffen. Der Altenquotient, also das Verhältnis der über 65-jährigen zu den 20- bis 65-jährigen, steigt in diesem Zeitraum noch moderat von 34 auf 39

– um in den darauf folgenden zwei Jahrzehnten auf über 60 zu steigen. Gleichzeitig sorgen mehr ältere Menschen dafür, dass jede Facette des Alters sichtbar wird. Die Anzahl derer wird steigen, die ihre Kraft und ihre Erfahrung in einem länger währenden Leben auch länger einbringen wollen. Steigen wird aber auch die Anzahl derjenigen, die dies nicht mehr können. So prognostiziert das Statistische Bundesamt eine Zunahme der Pflegebedürftigen um 20 Prozent auf 2,91 Millionen Menschen bis zum Jahr 2020. Das Leben im Alter wird vielfältiger – so wie die gesamte Gesellschaft.

Das ist der dritte demografische Trend. Schon heute leben in Deutschland 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Sie sind im Durchschnitt jünger als die Einheimischen und haben mehr Kinder. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird also steigen. Hinzu kommt, dass die Anzahl der Singles, der Alleinerziehenden und der Patchwork-Familien zunehmen wird. Die Vielfalt der Familienmodelle, Lebensentwürfe und Weltanschauungen wird unsere Gesellschaft künftig noch stärker als bisher prägen.

3 Demografiepolitik als Gesellschaftspolitik

Weniger, älter, bunter: Diese drei Entwicklungen begründen jede einzelne für sich genommen politischen Handlungsbedarf. Die Frage ist allerdings, ob es ausreicht, wirtschaftspolitische oder sozialpolitische Antworten auf den demografischen Wandel zu finden, oder ob die genannten Entwicklungen eine grundlegende und damit genuin demografiepolitische Strategie erfordern. Die offensichtliche Verschiebung der Verhältnisse, auf denen unsere Gesellschaft lange aufgebaut war, spricht für Letzteres. Der demografische Wandel verändert das Verhältnis der Generationen, das Verhältnis von Männern und Frauen, das Verhältnis von Deutschen und Zuwanderern, das Verhältnis von Staat und Bürgern und – vielleicht am wichtigsten – das Verhältnis der Bürger untereinander.

Diesen Veränderungen mit Reparaturen in einzelnen Politikfeldern beikommen zu wollen, ist als würde man versuchen, ein Haus, dessen Statik durch ein Erdbeben in Mitleidenschaft gezogen wurde, mit Fassadenarbeiten wieder bewohnbar zu machen. Demografiepolitik muss mehr sein als die Summe der Maßnahmen einzelner Ressorts. Sie darf sich nicht in Korrekturen an der Mechanik der einzelnen Systeme, etwa des Rentensystems, erschöpfen. Sie muss die Funktionsprinzipien unserer Gesellschaft insgesamt überdenken. Demografiepolitik muss der Tatsache Rechnung tragen, dass eine Gesellschaft keine Maschine ist, deren Output man bei Bedarf mit dem Drehen an ein paar Stellschrauben immer wieder optimieren kann. Sie schärft das Bewusstsein, dass viele bisher bewährte Funktionsprinzipien vom Generationenvertrag über die ausgeprägte Arbeitsteilung der Geschlechter bis zum Bild des Alters als sprichwörtlicher „Ruhestand“ die Gesellschaft in Zukunft nicht mehr tragen können. Kurz: Demografiepolitik ist kein Korrektiv, sondern Gestaltungskraft für die Gesellschaft der Zukunft.

Aus diesem Grund sollte ihr Ansatz ein gesellschaftspolitischer Ansatz sein. Wenn wir Gesellschaft als eine Gemeinschaft verstehen, die von Beziehungen zum wechselseitigen Vorteil und zur gegenseitigen Unterstützung getragen wird, besteht die Herausforderung des demografischen Wandels darin, diese Beziehungen zu stärken und den Zusammenhalt zu sichern. Diese Aufgabe kann die Gesellschaftspolitik besser als andere Politikfelder erfüllen. Gesellschaftspolitik sieht Menschen nicht einseitig als Humankapital für die Wirtschaft, als Steuerzahler oder als Transferleistungsempfänger. Stattdessen stellt sie die Be-

dürfnisse der Menschen und ihre Beziehungen zu anderen in den Mittelpunkt. Davon ausgehend kann Gesellschaftspolitik im doppelten Sinne zum Nukleus einer gestaltenden Demografiapolitik werden: Sie setzt zum einen grundsätzlich am Zusammenhalt der Gesellschaft an und wird genau dadurch zum anderen auch bevölkerungspolitisch wirksam. Denn Vertrauen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt macht Mut und Lust auf Kinder.

4 Chancen sichern Zusammenhalt im demografischen Wandel

Gesellschaftspolitik verändert im demografischen Wandel nicht nur den politischen Fokus, sondern impliziert auch eine veränderte Wahl der politischen Mittel. Wir haben uns – die hohe Staatsverschuldung auf Kosten junger und nachfolgender Generation zeigt es – daran gewöhnt, dass mehr Geld mehr hilft. In einer alternden, schrumpfenden Gesellschaft werden wir uns von der Illusion verabschieden müssen, politischen Herausforderungen wie etwa der steigenden Anzahl pflegebedürftiger Menschen allein mit mehr Geld begegnen zu können, denn dieses Geld muss von immer weniger Menschen aufgebracht werden. Damit stößt Umverteilung als Grundlage von Solidarität und damit von gesellschaftlichem Zusammenhalt immer mehr an ihre Grenzen (verschiedene Beiträge in Kauder/von Beust 2008). Welche Ressourcen sozialer Integration können wir neu erschließen?

Es wird Zeit, dass wir uns daran erinnern, dass auch faire Chancen, zum eigenen Wohl und zum Wohl der anderen etwas zu bewegen, eine Gesellschaft zusammen halten. Wenn der demografische Wandel die integrative Kraft von Umverteilung über den Sozialstaat einschränkt, gewinnen individuelle Entwicklungs- und Aufstiegschancen als Motor von Integration an Bedeutung. Leitbild einer gestaltenden Demografiapolitik sollte deshalb die Chancengesellschaft sein. Eine Chancengesellschaft ist eine Gesellschaft, in der jeder Bürger und jede Bürgerin sich durch eigene Leistung – wo nötig mit Unterstützung der Gemeinschaft – Aufstiegschancen erarbeiten kann. Dazu gehört zum einen die Möglichkeit, individuelle Vorstellungen und Lebensentwürfe zu verwirklichen. Dazu gehört zum anderen die Möglichkeit, Verantwortung füreinander und für die Gemeinschaft zu übernehmen. Eine Chancengesellschaft ist also eng verbunden mit Aufstiegs- und Selbstverwirklichungsperspektiven. Sie beruht auf Respekt vor Leistung und Verantwortung, dem Recht auf eine neue Chance im Falle des Scheiterns und der Möglichkeit, seine Kraft auf die jeweils wichtigsten Aufgaben zu konzentrieren, denn Prioritäten können sich ändern.

Dabei geht es nicht nur um berufliche Karrieren. Auch in der Gründung einer Familie, im erreichten Schulabschluss, in einem erfüllten Erwerbsleben auch nach dem 60. Geburtstag oder in der Möglichkeit, den betagten Eltern mit der Pflege etwas zurückgeben zu können, liegen Verwirklichungschancen für persönliche Wünsche und Bedürfnisse. Private wie berufliche Perspektiven spornen die Menschen an, fördern ihre Autonomie und stärken damit die Wohlfahrt des Gemeinwesens. Sie unterstützen darüber hinaus auch den Wunsch, diesem Gemeinwesen etwas zurück zu geben.

Gesellschaftspolitik für eine Chancengesellschaft heißt deshalb, die Menschen bei ihrer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung unterstützen. Eine solche Politik basiert auf dem Bild eines aktiven und leistenden Menschen, der sich seine eigenen Ziele setzt und sie verfolgt. Nicht jeder Mensch will den Mount Everest besteigen, und nicht jedem, der es versucht, wird es gelingen. Aber jeder Mensch will zumindest die faire Chance haben, das Erreichen zu können, was er sich vornimmt. Die faire Chance, selbst gesteckte Ziele zu

erreichen, ist der Kern des Gerechtigkeitsempfindens vieler Bürger. Wenn wir es schaffen, diesem Gerechtigkeitsinn zu entsprechen, stärken wir auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, und genau darin liegt die große Herausforderung des demografischen Wandels.

Oft genug hat sich Politik dazu erhoben, vorzugeben, was Menschen zu wollen, wie sie zu leben und was sie anzustreben haben. Eine Politik der fairen Chancen verzichtet darauf ohne deshalb beliebig oder wertfrei zu sein. Sie verzichtet darauf, den Menschen vorzuschreiben, welches das richtige und welches das falsche Leben ist. Sie verzichtet aber nicht darauf, klare Rahmenbedingungen zu setzen. So kann sie Chancen auf individuelle Entwicklung eröffnen ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden. Wir brauchen im Umgang mit den demografischen Veränderungen keine Appelle an die Bürger und auch keine Plädoyers für ein neues Bewusstsein. Was wir brauchen, sind mehr Chancen zur Entfaltung individueller Wünsche, die oft den demografischen Erfordernissen entgegenkommen.

Dafür gibt es viele Beispiele:

- Menschen wünschen sich mehr Kinder als sie tatsächlich bekommen. Über die Hälfte der Kinderlosen unter 45 Jahren hätte gern Kinder gehabt, und auch Mütter (21 Prozent) und Väter (12 Prozent) hätten gern weitere Kinder bekommen (BMFSFJ 2010).
- Frauen wollen mehr arbeiten als sie es tatsächlich tun. Das Institut zur Zukunft der Arbeit hat ermittelt, dass schon erwerbstätige Müttern unter dem Strich 2,8 Millionen zusätzliche Wochenstunden arbeiten würden, wenn sie ihre Arbeitszeitwünsche vollständig umsetzen könnten. Zusätzlich haben 70 Prozent der nicht erwerbstätigen Mütter konkrete Erwerbswünsche (IZA 2011).
- Gleichzeitig wollen Männer mehr Zeit für die Familie haben. So haben zum Beispiel 62 Prozent aller Väter von schulpflichtigen Kindern das Gefühl, dass ihnen zu wenig Zeit für ihre Kinder bleibt (BMFSFJ 2010).
- Auch die Engagementbereitschaft ist viel größer als das tatsächliche Engagement. Der 3. Freiwilligensurvey hebt hervor, dass es neben der großen Anzahl engagierter Bürgerinnen und Bürger eine ungefähr genauso große Anzahl an Menschen gibt, die grundsätzlich bereit sind, sich zu engagieren (BMFSFJ 2009).
- Zuwanderer sind leistungsorientierter und integrationsbereiter, als es ihre Schulabbrecherquoten vermuten lassen – junge Migranten und Migrantinnen sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sogar überdurchschnittlich leistungs- und erfolgsorientiert (SINUS 2008).
- Und auch Jugendliche, denen Chancen nicht in die Wiege bzw. ins Elternhaus gelegt wurden, nehmen zweite und dritte Chancen vielfach dankbar an. Beispielsweise haben von den über 11.000 Jugendlichen, die zwischen September 2008 und Juli 2011 im Schulverweigererprogramm des BMFSFJ "Die 2. Chance" bei der Reintegration ins Regelschulsystem betreut wurden, nur 11 Prozent ihr Case-Management abgebrochen. Weitere 29 Prozent haben aus sonstigen Gründen wie Umzug, Krankheit oder Aufnahme einer berufsvorbereitenden Maßnahme die Betreuung beendet (BMFSFJ 2011). Die 10. Shell-Jugendstudie spricht allgemein von einer Jugendgeneration, die sich „weder durch die Wirtschaftskrise noch durch die unsicher gewordenen Berufsverläufe und Perspektiven von ihrer optimistischen Grundhaltung abbringen“ lässt. „Mit den

Herausforderungen in Alltag, Beruf und Gesellschaft gehen Jugendliche auch weiterhin pragmatisch um“ (Albert et al. 2010, 1).

Wenn all diesen Menschen die Chance gegeben würde, ihre persönlichen Vorstellungen vom Leben zu verwirklichen, wäre die Gesellschaft dem demografischen Wandel schon sehr viel besser gewachsen.

5 Die Schlüsselressource Zeit

Eine bisher vernachlässigte Schlüsselressource für die Erreichung dieser Ziele ist Zeit, oder genauer: die persönliche Verfügbarkeit über die eigene Zeit. Familie, Bildung, Erwerbsarbeit, Regeneration, Engagement und soziale Beziehungen – für diese Aufgaben gibt es Phasen im Leben, in denen wir ihnen mehr Zeit widmen wollen und eben auch Phasen, in denen sie weniger Zeit beanspruchen. Es gibt nicht den einen richtigen Lebensentwurf oder gar eine vorgezeichnete Musterbiografie, weil wir unser Leben immer wieder neu gestalten wollen – und in einer Gesellschaft des langen Lebens auch immer wieder neu gestalten müssen. Jeder und jede sollte sich dort einbringen können, wo er oder sie am meisten gebraucht wird. Wie wir unsere Zeit einsetzen, wird immer entscheidender für den individuellen Erfolg, für eine starke Familie und für den Zusammenhalt einer Gesellschaft im demografischen Wandel.

Eine Chancengesellschaft ist eine Gesellschaft, in der jeder und jede die Ressource Zeit so einsetzen kann, wie er oder sie es für sich und für die Familie als optimal erachtet. Heute so – und morgen anders, weil sich Aufgaben und Umstände mit jedem erreichten Ziel ändern. Menschen zu mehr Zeitsouveränität zu verhelfen, rückt deshalb stärker in den Fokus der Politik. Der Achte Familienbericht „Zeit für Familie“, den das Bundesfamilienministerium 2012 vorgelegt hat (BMFSFJ 2012), liefert dafür Grundlagen und geeignete Instrumente. Die Bedeutung familienbewusster Arbeitszeiten und flexibler Arbeitszeitmodelle für die Kindererziehung, für die Pflege von Angehörigen, für die Möglichkeit des bürgerschaftlichen Engagements und nicht zuletzt für gleiche Einkommens- und Aufstiegsperspektiven beider Geschlechter macht deutlich: Zeit, nicht Geld, ist die Leitwährung moderner Gesellschaftspolitik. Denn die Gesellschaft ist dem demografischen Wandel am besten gewachsen, wenn sie konsequent jedem Einzelnen die Chance gibt, seine Ziele zu erreichen. Doch wie könnte eine solche Politik aussehen?

6 Knotenpunkte für die Entwicklung einer Chancengesellschaft

In der Gesellschaft finden wir weder eindeutige Ursachen-Wirkungs-Zusammenhänge, noch lassen sich einzelne Bereiche isoliert betrachten. Für die Konzeption von Demografiepolitik ist es deshalb entscheidend, Knotenpunkte zu finden, an denen sich mehrere Entwicklungen treffen und diese entsprechend zu stärken.¹ Die Themenfelder des Bundesmi-

¹ Das Konzept der „Problemknoten“ zur Analyse politischer Handlungsoptionen im demografischen Wandel wurde auch in einem Gutachten des Berlin-Institutes für Bevölkerung und Entwicklung im Auftrag des Brandenburgischen Landtages verwendet. Abzurufen unter: <http://www.berlin-institut.org/studien/gutachten-zum-demografischen-wandel-im-land-brandenburg.html>.

nisteriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind solche Knotenpunkte. Die Gesellschaftspolitik der fairen Chancen setzt an diesen Knotenpunkten an, um den Zusammenhalt der Gesellschaft aus sich heraus zu stärken.

6.1 Familie zuerst: Faire Chancen für Familie

Der erste Knotenpunkt ist die Familie. Familien sorgen nicht nur ganz direkt für den Fortbestand unserer Gesellschaft, weil hier Kinder geboren werden und aufwachsen. Nicht weniger wichtig sind Familien als tragfähigste Verantwortungsgemeinschaften in unserer Gesellschaft, in denen Menschen sich gegenseitig unterstützen. Familien legen den Grundstein für faire Chancen von Kindern und Jugendlichen, leisten einen großen Beitrag zur Pflege älterer Menschen und leben Zusammenhalt zwischen den Generationen. Deshalb ist eine Familienpolitik der fairen Chancen konstitutiver Bestandteil von Demografiepolitik.

Eine Familienpolitik der fairen Chancen unterstützt Menschen heute vor allem dabei, ihre persönlichen Vorstellungen von Familie zu leben und mit ihren beruflichen Zielen und Verpflichtungen in Einklang zu bringen. Dazu investiert der Bund nicht nur massiv in den Ausbau und die Qualität des Kinderbetreuungsangebots. Auch die Modernisierung der Arbeitswelt steht ganz oben auf der Agenda. Denn unsere Arbeitswelt hat mit den gesellschaftspolitischen Entwicklungen nicht Schritt gehalten. Ob Arbeit familienfreundlich – das heißt: vereinbar mit den Bedürfnissen von Eltern und Kindern – ist, war eine Frage, die sich in dieser Dringlichkeit in Deutschland lange Zeit nicht gestellt hat, weil Erwerbsarbeit und Familienarbeit zumindest in der Bundesrepublik weitestgehend arbeitsteilig zwischen Frau und Mann organisiert waren.

In einer Gesellschaft, in der Frauen und Männer Beruf und Familie in Einklang bringen müssen, weil beide Partner berufstätig sein wollen, spielt die Arbeitswelt als „Taktgeber“ des Alltags von Familien und damit auch von Kindern eine zentrale Rolle. Deshalb müssen wir uns familienpolitischen Fragen von einer anderen Seite nähern als wir es bisher getan haben: Wir haben immer gefragt, wie wir Familie vereinbar mit dem Berufsleben machen. Das war dann vor allem ein Problem der Frauen. Wenn wir Müttern *und* Vätern Zeit für Verantwortung geben wollen, dann muss die Frage anders herum lauten: Wie wird die Arbeitswelt vereinbar mit den Bedürfnissen von Familien?

Unsere Arbeitswelt familienfreundlicher zu machen, ist deshalb das wichtigste Ziel moderner Familienpolitik. Dazu hat das Bundesfamilienministerium mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag beispielsweise die Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ ins Leben gerufen. Wir fördern damit die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle, vollzeitnaher Teilzeitarbeitsplätze und nicht zuletzt eine Unternehmenskultur des Respekts vor familiärer Verantwortung. Dazu trägt auch das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ bei. Gemeinsam mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und dem Deutschen Gewerkschaftsbund setzen wir uns dafür ein, Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu machen.

Eine familienfreundliche Gesellschaft sollte – ganz allgemein gesprochen – Kinderwünsche möglich machen. Dazu gehört auch die Unterstützung ungewollt kinderloser Paare, um Menschen, die sich sehnlichst ein Kind wünschen, aber auf natürlichem Wege keines bekommen können, mit dieser belastenden Situation nicht allein zu lassen. Deshalb hat das Bundesfamilienministerium im April 2012 ein Bund-Länder-Programm zur Unterstüt-

zung ungewollt kinderloser Paare gestartet, das unter anderem eine bessere finanzielle Unterstützung bei künstlicher Befruchtung vorsieht. Auch das ist ein wichtiges Signal für eine Gesellschaft, die Ja zu Kindern und Ja zu Familien sagt.

6.2 *Alter neu denken: Faire Chancen für ältere Menschen.*

Die Lebensphase Alter ist nach der Familie der zweite Knotenpunkt für die Entwicklung einer Chancengesellschaft im demografischen Wandel. Wir müssen sicher auch an Krankheit und Hilfsbedürftigkeit denken, wenn vom Altwerden die Rede ist, doch Altsein wird in Zukunft mehr denn je heißen, geben zu können – und gebraucht zu werden. Viele der „jungen Alten“, die sich in den ersten Jahren ihres Ruhestandes noch fit und leistungsfähig fühlen, suchen eine Aufgabe. Sie bringen neben Zeit viele Erfahrungen mit, von denen die Gesellschaft profitieren kann. Eine Gesellschaftspolitik der fairen Chancen zielt deshalb vor allem auf die Teilhabe älterer Menschen über Arbeit und Engagement ab. Darüber hinaus sollen Ältere so lange wie möglich die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben bekommen – auch bei Pflegebedürftigkeit.

Wir wollen die Vielfalt der Lebensphase Alter mit dem Programm „Alter neu denken“ stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken und dem Wunsch Älterer nach Entfaltung Raum geben. Mit der Einführung eines für alle Generationen offenen Bundesfreiwilligendienstes hat das Bundesfamilienministerium die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass ältere Menschen, die etwas bewegen und ihren reichen Erfahrungsschatz einbringen wollen, eine breite Auswahl an Möglichkeiten gesellschaftlichen Engagements bekommen. Weil wir darüber hinaus auch die Beschäftigungschancen älterer Menschen erhöhen wollen, bündeln wir mit dem Programm „Bildung in der zweiten Lebenshälfte“ verschiedene Projekte zur Förderung lebenslangen Lernens.

Um älteren Menschen die Chance zu geben, die Lebensphase Alter so lange wie möglich selbst zu gestalten und im vertrauten Umfeld wohnen zu bleiben, haben wir das Programm „Zuhause im Alter“ gestartet. Damit fördern wir zum einen die nötige soziale Infrastruktur, auf die hilfsbedürftige, ältere Menschen im häuslichen Umfeld angewiesen sind. Zum anderen unterstützen wir den altersgerechten Aus- und Umbau von Wohnungen.

Die meisten älteren Menschen wollen, auch wenn sie auf Pflege angewiesen sind, bei ihrer Familie bleiben. Gleichzeitig gibt es eine breite Mehrheit in unserem Land, die gerne bereit ist, für ihre Angehörigen da zu sein, wenn diese ihre Hilfe brauchen. Genau das ist der familiäre Zusammenhalt zwischen den Generationen, den wir unserer Gesellschaft im demografischen Wandel nur wünschen können: Menschen, die sich aufeinander verlassen und die sich gegenseitig unterstützen. Die Einführung der Familienpflegezeit zum 1. Januar 2012 ermöglicht diese Art des generationenübergreifenden Zusammenhalts, indem sie pflegenden Angehörigen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf erleichtert.

So wichtig die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf in Zeiten des demografischen Wandels auch ist: Die steigende Anzahl pflegebedürftiger Menschen erfordert auch die Unterstützung durch mehr professionelle Pflegekräfte. Deshalb arbeitet das Bundesfamilienministerium daran, die Attraktivität des Ausbildungsberufes Altenpflege zu steigern, die beruflichen Rahmenbedingungen für Pflegekräfte zu verbessern und die Beschäftigten enger an das Berufsfeld zu binden, um allen Bürgerinnen und Bürgern die faire Chance auf eine gute und verlässliche Pflege zu sichern.

6.3 Gestaltungsfreiheit ermöglichen: Faire Chancen für Frauen und Männer

Weil gesellschaftlicher Zusammenhalt sich nicht nur im Verhältnis zwischen den Generationen, sondern auch im Verhältnis der Geschlechter zeigt, liegt hier der dritte Knotenpunkt für eine Gesellschaftspolitik der fairen Chancen im demografischen Wandel.

Frauen und Männer wünschen sich heute Gestaltungsfreiheit bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wollen Aufgaben in der Partnerschaft nach ihren Bedürfnissen aufteilen. Gestaltungsfreiheit setzt voraus, dass Eltern einen chancengleichen Zugang zu allen Varianten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben. Dazu müssen sie immer wieder entscheiden können, wie sie in der jeweiligen Situation Erwerbs- und Familienarbeit aufteilen. Vollzeit und Teilzeit für beide oder eine Phase mit beruflichem oder familiärem Schwerpunkt für ihn oder sie und dann wieder umgekehrt: Chancengleichheit hat viele Gesichter.

Im Moment kann von Chancengleichheit in unserer Gesellschaft noch keine Rede sein. Das zeigt besonders plakativ die Tatsache, dass Frauen in Top-Führungspositionen kaum vertreten sind. Die Ursache dafür ist eine Arbeits- und Unternehmenskultur, in der familiäre Aufgaben als Handicap gelten und in der diejenigen am erfolgreichsten sind, die familiäre Verantwortung weitest möglich an andere – und das heißt meist, an die Lebenspartnerin – delegieren können. Der Erste Gleichstellungsbericht formuliert es deutlich: „Die Ausgestaltung von Führungspositionen ist an männlichen Lebenswelten orientiert und in der Regel an eine spezifische Anforderungsstruktur und -kultur geknüpft, die potentiell nur Arbeitskräfte erfüllen können, die von familiären Pflichten frei sind“ (BMFSFJ 2011). Das muss sich ändern. Denn es schadet der Verantwortungsfähigkeit des einzelnen, den familiären Beziehungen und dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, wenn Zeit für Verantwortung dauerhaft mit eingeschränkten Entwicklungschancen im Beruf bezahlt werden muss.

Frauen (und auch Männer), die Karrierechancen nutzen *und* Zeit für Familie haben wollen, brauchen andere Arbeitsbedingungen und eine andere Unternehmenskultur. Hier setzt die Flexi-Quote an, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Stufenplans für mehr Frauen in Führungspositionen entwickelt hat. Die Flexi-Quote ist eine Quote für Frauen in Führungspositionen, deren Höhe Unternehmen selbst bestimmen und die sie öffentlich machen. Das sorgt für Transparenz, die nach außen den direkten Vergleich und damit den Wettbewerb zwischen den Unternehmen befördert – so wie beispielsweise auf der Website www.flexi-quote.de. Gleichzeitig stößt die Einigung auf eine unternehmensspezifische Zielquote intern Diskussionen an, was sich mit Blick auf faire Chancen ändern muss. Auf diese Weise bringt sie Personalverantwortliche dazu, sich mit den Ursachen für den Frauenmangel in Führungspositionen auseinanderzusetzen und an individuellen Lösungen zu arbeiten. Um die Entwicklung der Frauenförderung in Unternehmen besser messbar und vergleichbar zu machen, hat ein Team aus Wissenschaftlern im Auftrag des BMFSFJ einen Frauen-Karriere-Index entwickelt, der Klarheit darüber schafft, wo Frauen faire Aufstiegschancen haben und wo nicht – und der auf diese Weise notwendige Veränderungen in den Unternehmen anstößt.

6.4 Talente fördern: Faire Chancen für Kinder und Jugendliche

Kinder- und Jugendpolitik als Knotenpunkt der Demografiepolitik zu betrachten, liegt schon deshalb nahe, weil die Grundlage für faire Chancen und individuelle Aufstiegschancen in jungen Jahren gelegt wird. Hinzu kommt, dass wir es uns als alternde Gesellschaft weniger denn je leisten können, Potentiale verkümmern zu lassen und die Folgen fehlender Chancen nachträglich durch sozialstaatlich organisierte Umverteilung zu kompensieren. Beschäftigung, Wachstum und damit unser aller Wohlstand hängen davon ab, ob es gelingt, Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft einen erfolgreichen Bildungsweg zu eröffnen. Jedes Kind und jeder Jugendliche hat Talente und den Wunsch, die eigenen Talente zu entfalten und damit erfolgreich ins Leben zu starten. Wo heute faire Start- und Bildungschancen für Kinder aus sozial schwachen Familien in Gefahr sind, müssen wir morgen viel Geld in die Hand nehmen, um junge Menschen ohne Perspektiven dauerhaft zu alimentieren.

Frühkindliche Bildung ist gerade für Kinder aus sozial schwachen Familien die entscheidende Voraussetzung, um sich später aus eigener Kraft Aufstiegschancen zu erarbeiten. Grundlegend und entscheidend für weitergehende Bildungsprozesse sind die ersten Jahre im Leben eines Kindes. „Fähigkeiten erzeugen Fähigkeiten“ – auf diese Formel bringen es Bildungsökonominnen. Deshalb sieht das Kinderförderungsgesetz einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr vor. Der Bund investiert dazu, den Betreuungswünschen der Eltern entsprechend, bis 2013 insgesamt 4,6 Milliarden Euro in den Ausbau der Kinderbetreuung für die Unter-Dreijährigen. Ab 2014 beteiligt sich der Bund dann mit rund 845 Millionen Euro pro Jahr an den Kosten für den laufenden Betrieb. Zusätzlich hat das Bundesfamilienministerium im Mai 2012 ein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt, um den Ausbau der Kinderbetreuung für Unter-Dreijährige zu beschleunigen. Dieses sieht unter anderem eine Stärkung der Kindertagespflege und eine stärkere Förderung von Betriebskitas vor.

Im Rahmen der „Offensive Frühe Chancen“ verstärkt das Bundesfamilienministerium außerdem die Sprach- und Integrationsförderung im Kindesalter. Von 2011 bis 2014 fließen rund 400 Millionen Euro in die Weiterentwicklung von bis zu 4.000 Einrichtungen zu „Schwerpunktkitas Sprache und Integration“. Mit ihrem Budget kann jede Kita eine Halbtagsstelle für eine Fachkraft schaffen, die speziell für die Sprachförderung qualifiziert ist. Der zweite Baustein der „Offensive frühe Chancen“ ist das Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance“, mit dem wir die Kompetenzen der Eltern in bildungsfernen Familien stärken. Was ihnen zur Verwirklichung ihres oftmals ausgeprägten Aufstiegswillens fehlt, ist praktisches Bildungswissen. Das Programm „Elternchance ist Kinderchance“ unterstützt diese Eltern dabei, ihren Wunsch nach guter Bildung für ihre Kinder umzusetzen. Dazu werden bis zu 4.000 Fachkräfte, die bereits in der Familienbildung und Erziehungsarbeit tätig sind, zu Elternbegleitern weiter qualifiziert. Mit der Kombination von Sprachförderung für Kinder und Unterstützung für Eltern erhalten insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus sozial schwachen Familien faire Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsweg.

6.5 Zusammenhalt in der Bürgergesellschaft: Faire Chancen für engagierte Bürgerinnen und Bürger

Fünfter Knotenpunkt einer Gesellschaftspolitik, die den Kern von Demografiepolitik bilden soll, ist die Bürgergesellschaft. In einer Gesellschaft, in der es mehr ältere und hilfsbedürftige Menschen und gleichzeitig immer weniger junge Menschen gibt, die in die Sozialkassen einzahlen, werden wir mehr aufeinander angewiesen sein: auf Verlässlichkeit und Rückhalt in der Familie, auf funktionierende Nachbarschaftshilfe und auf Bürgerinitiativen, Vereine und Stiftungen. Sozialpolitisch kurzfristig wäre es jedenfalls, die hohe Bereitschaft der Menschen, sich zu engagieren und füreinander da zu sein, nicht in eine gesellschaftspolitische Strategie zum Umgang mit dem demografischen Wandel mit einzubeziehen.

Eine Engagementpolitik der fairen Chancen gibt den Menschen mehr Raum, sich ihren Wünschen entsprechend einzubringen und ihre Ziele zu erreichen. Wir brauchen eine neue Kultur der Freiwilligkeit in Deutschland, so dass engagierte Bürger als eigenständige Kooperationspartner ihre Kraft und ihr Wissen einbringen können.

Mehrgenerationenhäuser sind dabei sehr erfolgreich, weil sie auf das Zusammenwirken und die Kooperation vieler Menschen setzen. Sie bilden eine Brücke zwischen den Generationen und setzen viele positive Impulse zum Wohl von Jung und Alt, unabhängig von Nationalität, Herkunftsland oder kulturellem Hintergrund. Zur Weiterentwicklung der Mehrgenerationenhäuser hat das BMFSFJ deshalb das Programm „Mehrgenerationenhäuser II“ aufgelegt, das Anfang 2012 gestartet ist. Bis 2014 stehen rund 50 Millionen Euro zur Verfügung, um Mehrgenerationenhäuser als Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement kommunal zu verankern.

Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements hat auch der neue Bundesfreiwilligendienst wesentlich beigetragen, den das Bundesfamilienministerium zum 1. Juli 2011 eingeführt hat, um die Folgen der Aussetzung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes zumindest teilweise zu kompensieren. Es ist gelungen, diese historische Chance für den Ausbau von freiwilligem Engagement in Deutschland zu nutzen und gute Angebote insbesondere auch für die ältere Generation zu entwickeln. Die Zahl von über 80.000 Freiwilligen im BFD und in den Jugendfreiwilligendiensten belegt das eindrucksvoll. Innerhalb eines Jahres wurden über 60.000 BFD-Vereinbarungen mit Freiwilligen geschlossen, darunter viele ältere Menschen. Auch die Jugendfreiwilligendienste gehen deutlich gestärkt hervor: Knapp 50.000 Jugendliche nutzen die Möglichkeit eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder Freiwilligen Ökologischen Jahres. Das sind mehr als je zuvor. Der Bundesfreiwilligendienst war damit eine Art Initialzündung für eine umfassende Stärkung freiwilligen Engagements in Deutschland. Wie ein frisch ausgehobener Kanal den Bach auf die Räder der Wassermühlen lenkt, so lenkt der Bundesfreiwilligendienst den Wunsch der Menschen, etwas für sich und andere zu tun, auf die Mühlen der Zivilgesellschaft.

Nichts erfüllt mehr, als gebraucht zu werden, hieß es 2011 in der bundesweiten Kampagne für den neuen Bundesfreiwilligendienst. Für Engagement spricht aber noch viel mehr: Wenn Menschen aus eigener Initiative heraus Aufgaben für die Gesellschaft wahrnehmen, können sie in der Regel vor Ort schneller, effizienter und zielgerichteter etwas bewegen, als es der Staat jemals könnte. Deshalb ist Engagement auch eine „Selbstermächtigung der Bürger“, wie es der Philosoph Wolfgang Kersting einmal formuliert hat. Es geht nicht nur darum, gemeinsam Antworten auf die Herausforderungen des demografischen

Wandels zu finden. Es geht auch darum, den sozialen Zusammenhalt wieder als Aufgabe eines jeden Bürgers zu definieren und gesellschaftspolitisch möglich zu machen.

7 Vom besten Zeitpunkt, „einen Baum zu pflanzen“

Zu einer Gesellschaftspolitik der fairen Chancen gehören die beschriebenen Projekte und Programme, an denen das Bundesfamilienministerium bereits arbeitet. Natürlich müssen und wollen wir weitere Ansätze entwickeln, die die Kräfte der Menschen zur Geltung kommen lassen und uns dem Ziel einer Chancengesellschaft näher bringen. Dabei verleiht der sich abzeichnende Fachkräftemangel gesellschaftspolitischen Gestaltungsansprüchen die mobilisierende Kraft ökonomischer Interessen. Menschen bei der Realisierung ihrer Kinderwünsche zu unterstützen, Kinder und Jugendliche zu fördern, die Chancen von Müttern und Vätern in der Arbeitswelt zu verbessern und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen zu ermöglichen, sind Gebote der sozialen Verantwortung *und* der ökonomischen Vernunft.

Klar ist aber auch: Ohne den Willen zur individuellen Leistung wird es keine Zukunft geben. Leistung ist dabei nicht beschränkt auf die Erwerbsarbeit. Die Leistungen in der Familie, im Ehrenamt und in der Bildung tragen genauso zum gesellschaftlichen Wohlstand und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Natürlich muss die Politik auch die sozialen Sicherungssysteme auf die neuen demografischen Bedingungen ausrichten und die Gefährdung unseres Wohlstands durch fehlende Fachkräfte verhindern. Aber der beste Balken macht das Haus nicht stabiler, wenn das Fundament bröckelt. Und das Fundament wird porös wenn wir nicht grundsätzlich dafür sorgen, dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch faire Chancen für alle stärken. Aus diesem Grund steht eine Gesellschaftspolitik der fairen Chancen im Mittelpunkt gestaltender Demografiepolitik.

Für eine solche Politik ist es noch nicht zu spät – auch wenn häufig der Vorwurf erhoben wird, die Politik hätte den demografischen Wandel zu lange ignoriert. Zwar haben Wissenschaftler schon in den 1980er und 1990er Jahren vor den Folgen des demografischen Wandels gewarnt; frühzeitiges Gegensteuern wäre also möglich gewesen. Doch ein afrikanisches Sprichwort besagt: „Die beste Zeit, einen Baum zu pflanzen, war vor 20 Jahren. Die zweitbeste Zeit ist heute“. Nehmen wir also den Spaten in die Hand. Wenn wir erreichen, dass möglichst viele Menschen in Deutschland ihre Ziele verwirklichen und ihre persönliche Aufstiegsgeschichte schreiben können, wird unser Land dem demografischen Wandel gewachsen sein. Die Demografiestrategie der Bundesregierung formuliert dafür konkrete Ziele und notwendige Maßnahmen.

Literatur

- Albert, M., Hurrelmann, K. & Quenzel, G. (2010). 16. Shell Jugendstudie. Jugend 2010. Frankfurt: Fischer.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2009). Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Berlin: BMFSFJ.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2010). Familienreport 2010, Leistungen Wirkungen Trends. Berlin.

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJF) (2010). Zur Vereinbarkeitssituation von Eltern mit Schulkindern, Monitor Familienforschung, Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienforschung, Ausgabe 25. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJF) (2011). Weiterentwicklung der Initiative JUGEND STÄRKEN des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf der Grundlage der Umsetzungsergebnisse aus den Programmen Schulverweigerung – Die 2. Chance, Kompetenzagenturen und Jugendmigrationsdienste. Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJF) (2011). Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht. Bundestagsdrucksache 17/6240. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJF) (2012). Achter Familienbericht – Zeit für Familie – Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Berlin.
- Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) (2011). IZA Research Report. Bonn.
- Kauder, V. & von Beust, O. (Hrsg.) (2008). Chancen für alle. Die Perspektive der Aufstieggsgesellschaft. Freiburg/Br.: Herder.
- Sinus-Institut (2008). Zentrale Ergebnisse der Studie zu Migranten-Milieus von 2008. München.

Demografiepolitik

Herausforderungen und Handlungsfelder

Hüther, M.; Naegele, G. (Hrsg.)

2013, IX, 370 S. 35 Abb., 34 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-00778-2